Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT

Abgeordnete Cindy Lutz, Oliver Schatta, Sophie Ramdor und Christoph Plett (CDU)

Vorwürfe von Spionagetätigkeiten an der Technischen Universität Braunschweig

Anfrage der Abgeordneten Cindy Lutz, Oliver Schatta, Sophie Ramdor und Christoph Plett (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 29.01.2026

Verschiedene Medien berichteten in der letzten Woche, dass derzeit geprüft werde, ob eine wissenschaftliche Mitarbeiterin der Technischen Universität (TU) Braunschweig iranfreundliche Positionen vertreten und sensible Informationen sowie Namen regimekritischer Personen an staatliche Stellen der Islamischen Republik Iran weitergegeben habe.[1] Betroffene Studierende berichten von Verunsicherung und Angst, während die Vorwürfe nach Angaben der Hochschule bislang nicht abschließend geklärt seien.

Vor dem Hintergrund der bekannten Aktivitäten iranischer Nachrichtendienste in Europa, insbesondere gegen Oppositionelle und regimekritische Exilgruppen, wirft dieser Vorgang Fragen zur Sicherheit von Hochschulen, zur Verantwortung des Landes als Dienstherr sowie zur Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden auf.

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung gegebenenfalls über die in den Medien erhobenen Vorwürfe gegen eine wissenschaftliche Mitarbeiterin der TU Braunschweig vor?
2. Seit wann sind das Wissenschaftsministerium sowie gegebenenfalls weitere Landesbehörden über den Sachverhalt informiert?
3. In welcher Form findet derzeit gegebenenfalls eine Prüfung der Vorwürfe durch die TU Braunschweig und/oder das Land Niedersachsen statt? Welches Ergebnis hat die Prüfung gegebenenfalls erbracht?
4. Sind niedersächsische Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutz, in die Aufklärung des Sachverhalts eingebunden, und falls ja, seit wann?
5. Welche Maßnahmen wurden oder werden gegebenenfalls ergriffen, um Studierende sowie andere Hochschulangehörige vor möglicher Ausspähung, Einschüchterung oder Weitergabe personenbezogener Daten zu schützen? Falls keine Maßnahmen ergriffen wurden oder werden, warum nicht?
6. Sieht die Landesregierung strukturelle Defizite beim Umgang mit potenziellen ausländischen Einfluss- und Spionageaktivitäten an niedersächsischen Hochschulen?
7. Welche präventiven Maßnahmen bestehen oder sind gegebenenfalls geplant, um Hochschulen in Niedersachsen künftig besser vor Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste zu schützen? Wenn keine Maßnahmen bestehen oder geplant sind, warum nicht?
8. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung gegebenenfalls aus dem vorliegenden Fall für die sicherheitsrelevante Sensibilisierung von Hochschulleitungen und wissenschaftlichem Personal?

[1] vgl. Haz vom 19.01.2026

(Verteilt am 02.02.2026)